

**Stadt Adliswil**

**Grosser Gemeinderat**

Zürichstrasse 12, 8134 Adliswil, Telefon 079 257 18 33

www.adliswil.ch

## **Protokoll des Grossen Gemeinderates**

### **3. Sitzung vom 2. Juli 2014, 19.00 Uhr, Legislatur 2014 – 2018**

#### **Aula Schulhaus Hofern**

---

anwesend	Daniela Morf 31 Ratsmitglieder	Ratspräsidentin
	Ida Hofstetter	Ratsschreiberin
abwesend	4 Ratsmitglieder	

#### **Präsenz der Exekutivbehörde**

Stadtrat	Harald Huber Renato Günthardt Felix Keller Susy Senn Patrick Stutz Farid Zeroual	Stadtpräsident Soziales Bau und Planung Sicherheit und Gesundheit Werkbetriebe Finanzen
Stadtschreiberin	Andrea Bertolosi-Lehr	
Schulpflege	Rita Rapold	Schulpräsidentin

## Traktanden

1. **Mitteilungen**
2. **Fragestunde**
3. **Einbürgerungsgesuche**
4. **Leistungsziele und Indikatoren 2015** (SRB 2014-81)  
Antrag des Stadtrates und gleichlautender Antrag der Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission (RGPK) sowie geänderter Antrag der Sachkommission
5. **Teilrevision der Gemeindeordnung, Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Einsetzung einer PUK** (SRB 2014-96)  
Antrag des Stadtrates und gleichlautender Antrag der RGPK
6. **Festsetzung der Anzahl der Wahlbüromitglieder** (SRB 214-136)  
Antrag des Stadtrates und gleichlautender Antrag des Büros

## 1. Mitteilungen

### 1.1 Entschuldigungen

Für die heutige Sitzung liegen vier Entschuldigungen vor.

### 1.2 Verabschiedung der Schulpräsidentin Rita Rapold

#### Ratspräsidentin Daniela Morf:

20 Jahre Schulpflege Adliswil, 16 Jahre davon als Präsidentin!

Heute steht mir eine besondere Ehre zu – darf ich doch im Namen des Grossen Gemeinderates unserer langjährigen Schulpräsidentin Rita Rapold für ihre immense Arbeit danken.

Liebe Rita, du bist unserer Schule während 16 Jahren als Präsidentin vorgestanden. Im Jahr 1994 wurdest du als Schulpflegerin und bereits vier Jahre später in einer Kampfwahl zur Schulpräsidentin gewählt. Nach 16 erfolgreichen Jahren in dieser Funktion hast du dich entschieden, nicht mehr zur Wahl anzutreten. Während dieser langen Zeit hast du unzählige Anliegen der Schule im Rat vertreten. Das hast du immer gewissenhaft, mit viel Enthusiasmus und Beharrlichkeit gemacht. Wir wissen es: Dies war keine einfache Aufgabe. Durch die schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen der Stadt Adliswil wurden dir viele Steine in den Weg gelegt. Doch hast du diese Herausforderungen bestens gemeistert. War es doch immer eine Gratwanderung zwischen den Vorstellungen der Schule und dem Parlament, wie die Schule zu führen ist und was diese kosten darf. Wie hast du doch zum Beispiel gekämpft, dass du die finanziellen Mittel für die Schulsozialarbeit und für die Einführung des Mittagstisches bekommen hast. Erinnerung wir uns an die wichtigsten Projekte, die unter deiner Leitung umgesetzt wurden. Das waren:

- Umsetzung des Volksschulgesetzes
- Einführung der geleiteten Schulen
- Integrierte Schulen mit Aufhebung der Sonderschulklassen
- Einführung und Ausbau der Tagesstrukturen
- Neubau Kindergarten Hofacker
- Umbauten der Schulhäuser Kronenwiese und Werd
- Neubauten der Schulgebäude im Lebern/Dietlimoos und Kopfholz
- Integration der Schule in den Stadtrat

Rita, du hast nie die Mühe gescheut und bist immer wieder mit Anträgen vor den Rat getreten. Dein Durchsetzungswille, gepaart mit einer gesunden Hartnäckigkeit, war immer wieder spürbar. Sind für dich doch stets die Anliegen der Schüler und Lehrer und später die der Schulleiter sowie die der Schulpflegerinnen und Schulpfleger im Vordergrund gestanden. Die Fragen, die dir von den Parlamentariern zu den Schulgeschäften gestellt wurden, hast du immer und tout de suite mit der nötigen Sorgfalt beantwortet. Dies auch dann, wenn sie dir bestimmt manchmal den letzten Nerv ausgerissen haben. Und das alles neben deiner Hauptaufgabe, der strategischen Führung unserer Schule sowie den grossen Problemen, welche das schnelle Bevölkerungswachstum in Adliswil mit sich gebracht hat.

Liebe Rita, für diesen bewundernswerten, unermüdlichen Einsatz während all dieser Jahre spreche ich dir im Namen des Grossen Gemeinderates meinen herzlichen Dank aus. Nun hast du ja hoffentlich wieder mehr Zeit, dich um deinen Gat-

ten Hans und um deine Hobbies zu kümmern. Gerne übergebe ich dir ein einen Gutschein des Aqua Spa Resorts von Zürich. Ich hoffe, dass du dann deinen Ehemann, den Hans, zum Relaxen ins Thermalbad von Zürich mitnimmst. Hat er doch auch viele Stunden auf dich verzichten müssen und war immer da, wenn du manchmal spät von den Ratssitzungen nach Hause gekommen bist. Noch einmal: Vielen herzlichen Dank und alles Gute und wer weiss, vielleicht sehen wir dich wieder einmal auf der Tribüne als interessierte Zuschauerin.

### **Stadtpräsident Harald Huber:**

Liebe Rita, 20 Jahre Schulpflege – du hast alle Facetten des Schulpflege-Lebens kennen gelernt und an vorderster Front massgeblich mitbestimmt. Zu den grossen Themen und Projekten deiner Amtszeit als Präsidentin – ein Teil wurde bereits genannt, diese werde ich nicht wiederholen – gehörten:

- 1999 Einführung systematische Mitarbeiterbeurteilung für Lehrpersonen
- 2002 - 2004 Reorganisation der gesamten Schule im Hinblick auf die Einführung von Schulleitungen, beinhaltend
  - eine neue Aufbauorganisation als Matrixorganisation mit sechs Schulleitungen und sechs Dienstleitungen
  - eine neue Geschäftsordnung mit umfangreichen Prozessbeschrieben
  - die Reduktion der Schulpflege von 17 auf 11 Mitglieder mit einer klaren strategischen Ausrichtung, weitgehender Entlastung von operativen Aufgaben und Verzicht auf Führung von operativen Einheiten
- ab 2005 Umsetzung der Reorganisation
- 2002 Konzept für Schulsozialarbeit, nachher das bereits erwähnte neue Volksschulgesetz, die Einführung der Tagesbetreuung und die integrierte Sonderschulung mit Abschaffung der Sonderklassen

Neben den rein schulischen Belangen hast du dich immer beharrlich für mehr Investitionen für die Schule eingesetzt:

- Erneuerung, Erweiterung und Neubauten
- Anpassung an die neuen pädagogischen Bedürfnisse
- Mindestens einmal pro Jahr hast du dazu im Rat den Mahnfinger erhoben und aufgerufen, die Schule nicht zu vergessen.
- Im Stadtrat hast du deine Investitionswünsche mit Vehemenz verteidigt und die finanzpolitischen Betrachtungen des Stadtrates zwar zur Kenntnis genommen, manchmal mit, oft jedoch ohne grosses Verständnis. Das war auch verständlich, denn die Maximalforderungen der Schule hatten mindestens in der zweiten Hälfte der Amtszeit von dir ebenso wenig Platz in den engen Budgets der Stadt wie die Wünsche und Anforderungen vieler anderer Ressorts. Seit 2005 hiess ja das Zauberwort "Sparen".

Das erste und oberste Anliegen von dir, Rita, war immer das Wohl der Schülerinnen und Schüler. Aber auch für die Eltern und das Personal hattest du immer ein offenes Ohr. Anliegen, die an dich herangetragen wurden, hast du bis zum Schluss verfolgt und geschaut, dass sie gut und möglichst einvernehmlich erledigt wurden. Im Kontrast dazu stand dein Verhältnis zur Politik: Ich meine, der Parlamentsbetrieb wurde nie deine engere Heimat. Oft – so vermute ich – hast du hinter Entscheiden eher politisches Kalkül als Interesse an einer guten Schule angenommen. Ab und zu hat es auch Tadel abgesetzt, der dich dann und wann tief getroffen hat. Aber als Stehauf-Frau bist du am nächsten Tag mit noch mehr Ansporn an die Arbeit gegangen und hast dich mit noch mehr Engagement für die Schule

eingesetzt. Du wolltest immer eine möglichst unabhängige, autonome Schule und hast dich dafür engagiert. Mehrere Versuche zur Integration in die Stadt und in den Stadtrat hast du jahrelang, um nicht zu sagen jahrzehntelang, erfolgreich bekämpft. Erst im letzten Jahr hat das Volk gegen deine Meinung entschieden.

Rita, wir zwei sind uns immer mit kollegialem Respekt zweier Vorsteher von Exekutivbehörden begegnet, die zwar keine Konkurrenten waren, aber doch da und dort ganz andere Ansichten hatten oder vertreten mussten.

Wir beide kannten uns gut. Du hast gewusst, dass ich mich für eine umfassende Exekutivbehörde dieser Stadt inklusive der Schule einsetze, und ich wusste, dass du eine möglichst selbständige Schule willst. Die Ausmarchung ist dann 2013 vom Volk entschieden worden. In dieser Situation rechne ich es dir sehr hoch an, dass die Gespräche, die wir in den letzten Jahren zum Thema Integration und nicht zuletzt auch zur Zusammenlegung der Liegenschaftenabteilungen geführt haben, immer formal korrekt und konstruktiv, aber auch in einem persönlich respektvollen Rahmen verlaufen sind. Das ist für mich nicht selbstverständlich, und ich danke dir ganz herzlich, dass wir auf diesem Weg das schwierige Projekt durchziehen konnten. Rückblickend – das ist fast ein Anachronismus – wirst du dann einmal als die grosse "Integratorin" der Schule Adliswil gelten. Du siehst es vielleicht noch nicht so, aber ich bin überzeugt, dass dies ein ganz wichtiger Schritt ist.

Ich danke dir, Rita, im Namen des Stadtrates ganz herzlich für dein unermüdliches und grosses Engagement für die Adliswiler Schule. Wir dürfen am Ende deiner Amtszeit feststellen, dass wir eine moderne, gute Schule haben, die die Bedürfnisse der Adliswiler Schülerinnen und Schüler bestens abdeckt, und dass du eine Schulpflege und eine Schulverwaltung zurücklässt, die voll motiviert und funktions-tüchtig ist. Persönlich danke ich dir für die zielgerichtete Zusammenarbeit der letzten Jahre, und dass wir – auch wenn wir nicht gleicher Meinung waren – das Sitzungszimmer immer gemeinsam verlassen konnten. Dein Nachfolger wird nun im Stadtrat Einsitz nehmen und dort einflussreich wirken können. Ich wünsche dir im Namen aller Anwesenden und speziell vom Stadtrat gute Gesundheit, alles Gute und einen raschen und gradlinigen Übergang in den neuen Lebensabschnitt. Du kommst jetzt in eine ganz interessante Phase, in der du dich nicht mehr mit „Gebundenem“ beschäftigen musst, sondern ein Leben in Freizeit und Musse geniessen kannst – völlig „ungebunden“. Dazu wünsche ich dir alles Gute. Ich darf dir heute einen Blumenstrauss übergeben, ein etwas persönlicheres Geschenk überreiche ich dir dann gerne an der Schulschluss-Feier.

#### **Thomas Fässler, Fraktionspräsident der CVP:**

Liebe Rita, im Namen der CVP-Fraktion danke ich dir ganz herzlich für die geleistete Arbeit. Nach 20-jährigem Wirken für die Schule Adliswil trittst du Ende dieses Monats ab. Du hast viel erlebt und viel erreicht. Zuerst warst du von 1994 bis 1998 Schulpflegerin. Aus der damaligen Zeit ist niemand mehr in der Schulpflege aktiv, einige deiner damaligen Kolleginnen und Kollegen sind den Adliswiler Behörden und der Politik aber treu geblieben. 1998 konntest du dich in einer Kampfwahl durchsetzen und wurdest zur Schulpräsidentin von Adliswil gewählt. In den letzten vier Amtsperioden hast du in der Schule Adliswil viel Neues umgesetzt und Bewährtes weiterentwickelt. Dies – wie schon erwähnt – unter zum Teil schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen. Du hast viele bemerkenswerte Projekte

umgesetzt, die einen vom Kanton vorgegeben, die anderen von der Gemeinde. Ich zähle sie nicht mehr auf, das haben die Vorredner bereits gemacht.

Liebe Rita, du hast es verstanden, die Schulpflegekolleginnen und -kollegen, die Angestellten und Lehrer der Schule als Einheit zusammenzuhalten. Die Schule ist gegen aussen geschlossen aufgetreten. Du hast mich immer sehr beeindruckt, wie du für die Anliegen der Schule gekämpft hast. Du hast dich immer unseren, teils nicht einfachen Fragen gestellt und sie sachlich beantwortet. Wir werden dich in der Fraktion vermissen und wünschen dir alles Gute für die Zukunft. Geniesse die frei werdende Zeit. Weil wir dir bereits an der Generalversammlung ein Geschenk überreicht haben, bekommst du jetzt von der Fraktion noch ein kleines Dankeschön.

### **Schulpräsidentin Rita Rapold:**

Herzlichen Dank für die ehrenden Worte – ich freue mich sehr darüber.

Ich verabschiede mich heute, meine Amtszeit nähert sich dem Ende zu. 20 Jahre – ein Drittel meines bisherigen Lebens – habe ich der Schule Adliswil zur Verfügung gestellt. Mit Freude, mit Einsatz, mit Herzblut. Nun darf ich mich Neuem zuwenden. Was das sein wird – steht noch in den Sternen. Auf jeden Fall freue ich mich auf den neuen Lebensabschnitt, auf mehr Freizeit und Musse. „Adieu“ sagen möchte ich aber nicht, ohne noch eine Bitte zu deponieren: Tragen Sie der Adliswiler Jugend Sorge.

Ausbildung kostet. Zu einer guten Ausbildung gehört genügend Schulraum, ein gutes ausserschulisches Betreuungsangebot, eine zeitgemässe Informations- und Kommunikationstechnologie, sprich ICT, ein sinnvolles Freizeitangebot. Dazu gehört selbstverständlich Sport, jedoch auch weitere Bereiche. Musikunterricht sowie andere musische, kulturelle, integrierende, kreativ/handwerkliche Angebote sind äusserst wichtig und tragen zu einer ganzheitlichen Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen bei. Setzen Sie sich für eine gute, attraktive Schule Adliswil ein – an einer solchen Schule werden sie folglich auch gutes Personal antreffen – dies alles trägt zu einem guten Erscheinungsbild der Stadt Adliswil bei.

Meinem Nachfolger Raphael Egli wünsche ich alles Gute, einen breiten Rücken, Durchhaltevermögen und vor allem viel Gefreutes in seinem Amt. Selbstverständlich wünsche ich auch jeder und jedem Einzelnen von Ihnen alles Gute.

### **1.3 Traktandenliste**

Es gibt keine Einwände zur Traktandenliste.

### **1.4 Provisorische Stimmzählende**

Wie an der letzten Ratssitzung angekündigt, schlägt die Ratspräsidentin auch für diese Sitzung nochmals die provisorischen Stimmzählenden Davide Loss, Peter Werder und Fredi Morf vor.

Der Rat ist mit den Vorgeslagenen einverstanden.

Die Ratspräsidentin weist den Stimmzählenden folgende Zählbereiche zu:

Tische CVP, FDP, EVP und Freie Wähler: Davide Loss  
 Tische SVP: Peter Werder  
 Tische SP, Grüne und Präsidium: Fredi Morf

## 1.5 Mitteilungen aus dem Stadtrat und der Schulpflege

### Stadtrat Renato Günthardt:

Information „Verselbständigung der Alterseinrichtungen“

Vor gut einem Jahr haben Sie einen Kredit für die Ausarbeitung eines Detailkonzepts zur Verselbständigung der Alterseinrichtungen gesprochen. Das Detailkonzept und die sich daraus ableitenden Schritte wurden vom Lenkungsausschuss detailliert ausgearbeitet und verabschiedet. Derzeit sind jedoch noch Absprachen mit dem Gemeindeamt notwendig, damit bei der Beratung des Geschäfts im Stadt- und Gemeinderat auch alle erforderlichen Informationen zu finanziellen Fragen und zum weiteren Vorgehen klar und mit dem Gemeindeamt abgesprochen sind. Es ist wichtig, dass alle Regelungen so getroffen werden, dass der gemeinnützige und damit steuerbefreite Zweck der verselbständigten Alterseinrichtungen vom Gemeindeamt anerkannt wird. Der Zeitplan sieht deshalb wie folgt aus:

- voraussichtliche Behandlung des Geschäfts im Stadtrat: Anfang September 2014
- danach Überweisung an den Gemeinderat bzw. an die RGPK
- voraussichtliches Volksabstimmungsdatum: 8. März 2015
- Bei Zustimmung Start der neuen Gesellschaft: 1. Januar 2016, wie geplant.

Es ist mir wichtig, dass Sie sehen, dass wir auf Kurs sind und uns dafür einsetzen, dass alle möglichen Fragen geklärt sind, bevor das Geschäft vorgelegt wird.

Information „Pfliegewohngruppe Mauersegler“

An der Sitzung vom 4. Dezember 2013 habe ich Sie über die Notwendigkeit von feuerpolizeilichen Massnahmen in der Pfliegewohngruppe Mauersegler informiert und dass der Stadtrat dazu einen Projektierungskredit von 27'000 Franken gesprochen hatte. Mittlerweile steht das Projekt, und der Stadtrat hat an einer seiner letzten Sitzungen nun den Kredit von 401'000 Franken für die Umsetzung der Brandschutzmassnahmen bewilligt und freigegeben. Der Stadtrat hat den Kredit als gebunden gesprochen, da es sich um von der Gebäudeversicherung des Kantons Zürich (GVZ) angeordnete Massnahmen handelt und es zudem keine Alternative gibt, die derzeit dort angebotenen Pflegeplätze anderweitig sicherzustellen. An die GVZ wird ein Subventionsantrag zur Kostenbeteiligung gestellt. Das Projekt beinhaltet die von der GVZ angeordneten Massnahmen, insbesondere werden neue Fluchtwegsituationen via Untergeschoss geschaffen, Durchgangstüren mit EI30 Türen ersetzt, und vor der Rampe soll eine neu EI30-Tür montiert werden. Das Oberlicht im Haupteingang wird entfernt und der verbleibende Dachausschnitt soll abgedichtet werden. Ebenso soll das Oberlicht im Aufenthaltsraum brandschutztechnisch mit EI30 Materialien isoliert werden. Um eine direkte Fluchtwegsituation im Niveau 4 zu ermöglichen, ist ausserdem eine Aussen-Fluchttreppe zwischen den Niveaus 3 und 4 geplant. Zudem soll die Galerie zwischen den Niveaus 3 und 4 nur visuell bestehen bleiben. Diese wird durch eine EI60 Verglasung abgeschlossen. Zu den Gründen, weshalb die Stadt Adliswil die Kosten tragen muss, habe ich anlässlich der letzten Information im Gemeinderat im Dezember 2013 detaillierte Ausführungen gemacht. Kurz gesagt: Die rechtlichen Abklärungen ergaben, dass wir die Kosten zu tragen haben, weil wir vor vielen Jahren bei Inbetrieb-

nahme der Pfliegewohngruppe einen Rohbaumietvertrag abgeschlossen haben. Wichtig ist: Der Betrieb der Pfliegewohngruppe kann auch während der baulichen Massnahmen aufrechterhalten werden. Danach sollten alle brandschutzrechtlichen Auflagen erfüllt und die Weiterführung der Pfliegewohngruppe für die nächsten Jahre sichergestellt sein.

## 1.6 Erklärungen

### **Fraktionserklärung von Marianne Oswald, Grüne:**

An der letzten Ratssitzung vom 25. Juni haben wir die Rechnung 2013 abgenommen, die erfreulich gut ausgefallen ist. Bereits wurden denn auch schon wieder Stimmen laut, die eine Senkung der Steuern forderten. Auch wir von der Grünen Fraktion freuen uns, dass die Stadt finanziell gesünder ist als auch schon, und wir würden natürlich auch gerne weniger Steuern zahlen. Allerdings würde das bedeuten, dass Adliswil weiterhin von der Hand in den Mund lebt. Ein Nettovermögen ist aber aus unserer Sicht absolut anzustreben. Es heisst nicht umsonst ‚Spare in der Zeit, so hast du in der Not‘. Und auch wenn kurzfristig vielleicht keine Not kommt, so ist so ein finanzielles Polster überaus beruhigend. Als negatives Beispiel dafür, was passiert, wenn eine Stadt über zu viel Geld verfügt, wurden Uster und sein Hallenbad genannt. Als ehemalige Einwohnerin von Uster bin ich dem nachgegangen, darum schnell ein paar Zahlen zu Uster:

- gut 32'000 Einwohner
- Steuerfuss von 109 %, 2011 waren es noch 112 %
- Rechnung 2013: Ertragsüberschuss 2,5 Mio., Selbstfinanzierungsgrad 77 %, Nettovermögen 68,7 Mio.

Das Hallenbad Uster ist sanierungsbedürftig und auch zu klein, da Uster stark gewachsen ist. Die Stadt hat deshalb ein Projekt ausgearbeitet, welches neben einem Wellness-Bereich auch über ein 50 m-Schwimmbaden verfügt, in dem auch internationale Wettkämpfe ausgetragen werden können. Uster hat einen national und international erfolgreichen Schwimmclub. Nun hat die Bevölkerung am 30. März 2014 über einen 30 Mio.-Kredit für dieses Projekt abgestimmt. Resultat: 71,4 % JA-Stimmen. Über 70 % der Einwohner von Uster wollen ihre Steuergelder also gerne für so ein Projekt ausgeben. Ein Projekt mit regionaler Strahlkraft. Ein Projekt, das ihre Stadt attraktiver und zu einem Anziehungspunkt macht. 63 % der Stimmberechtigten haben sogar zu einem zusätzlichen Kredit von 315'000 Franken „ja“ gesagt, damit das Projekt in Minergie-Plus, statt nur in Minergie ausgeführt werden kann. Offenbar ist es also wirklich so, dass vielen Menschen eine gute Infrastruktur wichtiger ist als ein paar Franken weniger Steuern pro Jahr. Und auch die Energieeffizienz öffentlicher Gebäude ist ihnen etwas wert. Das als Gedankenanstoss für Ihre zukünftige Steuerpolitik.

### **Fraktionserklärung von Ueli Gräflein, Grüne**

Seit über einem Jahrzehnt plant die Stadt Adliswil die Überbauungen der Siedlungsgebiete Sunnau, Moos, Lebern-Dietlimoss und Grüt. Aus einer städtischen veröffentlichten Studie aus dem Jahre 2004 geht hervor: Neuer vitaler Stadtteil. Um eine harmonische und schrittweise bauliche Entwicklung des Gebietes am nördlichen Stadtrand zu ermöglichen, wurde das Entwicklungskonzept 1996 erarbeitet, von dem der Gemeinderat am 12. März 1997 zustimmend Kenntnis genommen hat und das 1998 im kommunalen Richtplan verankert worden ist. Auf

rund 28 Hektaren disponibler Landfläche soll bis etwa 2015 ein neuer vitaler Stadtteil mit Raum für zirka 2'500 bis 3'000 Bewohnerinnen und Bewohner sowie für 1'000 bis 1'500 Arbeitsplätze, 300 bis 400 neue attraktive Wohnungen im mittleren Preissegment und die International School entstehen. Am 17. Juni 2012 haben die Stimmberechtigten des Kantons Zürich die Kulturlandinitiative mit 54,5 % angenommen. Die Initiative verlangt, „dass die wertvollen Landwirtschaftsflächen und Flächen von besonderer ökologischer Bedeutung wirksam geschützt werden und in ihrem Bestand und ihrer Qualität erhalten bleiben“. Zwischen 1996 und 2012 sind 16 Jahre vergangen. Die Stadt Adliswil hat es schlichtweg versäumt, frühzeitig die Infrastruktur und Planung eines Schulhauses umzusetzen. Sie sollte endlich ein langfristiges städtisches Gesamtkonzept von 10 - 20 Jahre erarbeiten, alle zwei Jahre die Entwicklung überprüfen und schlussendlich ein Bericht an den Gemeinderat abgeben. Wir von der Grünen Partei haben es langsam satt, dass man uns nun die Verzögerung „betreffs Kulturlandinitiative“ zuschieben möchte. Wir erwarten, dass der Stadtrat und Gemeinderat den Tatsachen ins Auge schauen und nicht durch Schuldzuweisungen eigene Versäumnisse rechtfertigen.

## 2. Fragestunde

Es gibt keine Fragen.

### **Ratspräsidentin Daniela Morf:**

Nun folgt eine Fraktionserklärung.

Gemäss der neuen Geschäftsordnung können Kommissions- und Fraktionserklärungen sowohl zu Beginn der Sitzung – also unter dem ersten Traktandum „Mitteilungen“, als auch nach jedem Traktandum abgegeben werden.

### **Fraktionserklärung von Mario Senn, FDE/EVP:**

Der Stadtrat hat am 6. Juni 2014 seinen Legislaturabschlussbericht veröffentlicht. Mit dem 25-seitigen Dokument legt er Rechenschaft ab über die Art und Weise, wie er die Ziele erreicht hat, die er sich selber für die Amtsperiode 2010 bis 2014 gesteckt hatte. Der Stadtrat hat das zum ersten Mal gemacht, und wir möchten das würdigen. Für uns ist es nämlich wichtig, nicht nur Ziele zu setzen, sondern auch die Zielerreichung zu überprüfen. Sonst werden die Ziele, aber damit auch die ganze Politik, unglaubwürdig. So eine After Action Review muss man allerdings seriös und mit einem kritischen Geist machen. Nur dann zeigt sich Handlungsbedarf, nur dann kann man auch gescheiter werden und lernen. Keinesfalls dürfen solche Berichte zu Selbstbeweihräucherungsübungen verkommen. Mit Befriedigung stellen wir darum fest, dass der Stadtrat durchaus mit der nötigen Distanz an die Sache herangegangen ist. So wurden nicht einfach alle Ziele als „erreicht“ deklariert; bei einigen kam man sogar überhaupt nicht weit. Man muss die Einschätzungen unserer Stadtregierung nicht in allen Punkten teilen, aber man darf dem Stadtrat eine ernsthafte und sorgfältige Auseinandersetzung mit seiner Arbeit der letzten vier Jahre attestieren.

Zu Beginn der letzten Legislatur haben wir die Ziele des Stadtrates und auch die der Schulpflege hier im Rat diskutiert. Für uns stellt sich die Frage, was nun mit dieser Berichterstattung passieren soll. Wir fänden es sinnvoll, wenn wir im Parlament eine Aussprache zum Legislaturbericht machen würden. Wir versprechen uns davon vor allem zwei Dinge: Erstens kann so eine Aussprache dem Stadtrat wichtige Inputs für die Erarbeitung der nächsten Vierjahresziele geben. Vielleicht sagen einige von Ihnen, in diesem Bereich dürfte er ruhig etwas bremsen. Oder er soll in jenem Bereich noch mehr Gas geben. Es ist klar, dass der Stadtrat nach wie vor frei ist in der Festlegung seiner Ziele. Aber auch er muss für seine Anliegen politische Mehrheiten finden. Und die findet er zuerst bei uns im Rat. Zweitens kann eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem Legislaturabschlussbericht auch für uns als Parlament Konsequenzen ergeben. Wo müssen wir allenfalls unsere Oberaufsichtstätigkeit verstärken? Wo sollte man dem Stadtrat mehr Kompetenzen einräumen? Oder wo muss man den Stadtrat gar zurückbinden?

Die FDP/EVP-Fraktion würde es sehr begrüssen, wenn wir eine Aussprache zum Abschlussbericht führen könnten. Unsere Aufgabe als Stadtparlament ist es ja, auf der strategischen Ebene zu wirken. Das bedeutet zwangsläufig auch, dass wir uns grössere Zeiträume anschauen und langfristig denken. Jeweils im Juni widmen wir uns länger dem Jahresbericht des vorangehenden Jahres. Es wäre darum nichts als konsequent und auch nicht zu viel verlangt, wenn wir uns auch der ganzen Legislatur 2010 bis 2014 widmen würden. In diesem Sinn bitten wir die Ratspräsidentin bzw. das Büro, in einer der nächsten Sitzungen eine Aussprache zum Bericht anzusetzen.

### 3. Einbürgerungsgesuche

#### **Ratspräsidentin Daniela Morf:**

Gemäss übergeordnetem Recht bei Einbürgerungsgesuchen ist es zwingend, dass der Rat einen Beschluss fasst über ein Gesuch um Erteilung des Bürgerrechts der Stadt Adliswil. Das heisst, der Rat muss einen eindeutigen Beschluss fassen, ob er ein Gesuch gutheissen oder ablehnen will. Daher macht es keinen Sinn, eine Eintretensdebatte zu führen. Aus demselben Grund ist auch auf eine Schlussabstimmung zu verzichten. Das heisst mit anderen Worten: Es wird nicht mehr – wie bis anhin – im Rat über die Einbürgerungsgesuche abgestimmt. Wenn dem Kommissionsantrag kein anderslautender Antrag entgegen gestellt wird, gilt der Kommissionsantrag als beschlossen. Das bedeutet für Sie, dass Sie ausdrücklich einen Antrag stellen müssen, falls Sie mit dem Antrag der Einbürgerungskommission (EK) nicht einverstanden sind.

#### **Martin Koller:**

Wir befinden heute über neun Einbürgerungsgesuche. Wie Sie wissen, hatten wir grosse Änderungen in der Kommission: Der Name hat geändert, und es hat neue Gesichter gegeben. Zuerst sah es so aus, dass ich als einziger der alten Kommission alle neun Dossiers hätte vorstellen müssen. Dann hat sich Davide Loss, der der alten Kommission angehörte, bereit erklärt, ein paar Dossiers zu übernehmen. Jetzt ist überraschenderweise Simone Huber anwesend, und so wird jeder von uns dreien drei Dossiers vertreten.

**Es wurden 9 Einbürgerungsgesuche gutgeheissen.** Dieses Traktandum erscheint aufgrund des Persönlichkeitsschutzes nicht im Protokoll.







#### 4. Leistungsziele und Indikatoren 2015

##### **Antrag des Stadtrates und gleichlautender Antrag der RGPK sowie geänderter Antrag der Sachkommission**

##### **Daniel Jud, Präsident der Sachkommission (SAKO):**

Die Sachkommission hat mit insgesamt zwei Lesungen die Leistungsziele und Indikatoren für das Jahr 2015 geprüft. Dabei gilt es zu beachten, dass die Produktgruppen Steuern und Finanzen nicht in den Kompetenzbereich der Sachkommission fallen und von der RGPK geprüft werden. Weiter möchte ich an dieser Stelle den Mitgliedern der Sachkommission der Legislatur 2010 bis 2014 danken. Durch ihre gute Vorarbeit unter Präsident Hanspeter Clesle war es uns möglich, das Geschäft termingerecht freizugeben, sodass wir heute im Rat darüber beraten können.

Zu unserem Prüfungsvorgehen:

Nach der ersten Lesung der Indikatoren und Leistungsziele wurden dem Stadtrat und den einzelnen Ressorts gezielt Fragen mit einem Fragenkatalog gestellt. Die meisten dieser Fragen wurden zur Zufriedenheit der Sachkommission beantwortet, sodass die Leistungsziele und die dazugehörigen Indikatoren für uns nachvollziehbar wirkten. Am Anfang der Legislatur 2010 bis 2014 war dies noch anders und der Gemeinderat hatte zahlreiche Änderungsvorstösse zu beraten. Dies ist in diesem Jahr anders. Wir stellen lediglich einen Änderungsantrag zu Händen des Grossen Gemeinderates Adliswil. Dabei geht es um die Indikatoren B 8.2 und B 8.3 aus der Produktgruppe B, Behörden, Kultur. Die uns vorliegende Version des Stadtrates sieht vor, je einen Indikator zur fristgerechten Berichterstattung und zur fristgerechten Einholung der Kantons- und Bundesgelder zu benennen. Dies ist für uns nicht nötig, denn ohne die fristgerechte Berichterstattung fallen auch die Gelder des Kantons und des Bundes ins Wasser. Somit ist das Eine ohne das Andere nicht möglich. Daraus ergibt sich für uns, der besseren Lesbarkeit halber, dass man nur noch einen Indikator aufführt. Dieser soll neu nur noch „Fristgerechte Einholung der Kantons- und Bundesgelder“ heissen. Zudem verlangen wir mit unserem Antrag eine Änderung der Einheit. Der Stadtrat schlägt vor, dies mit Prozent zu machen. Bei zwei Stichtagen pro Jahr wären dann aber nur drei Prozent-Zahlen nötig, nämlich

- 0 % dann, wenn beide Stichtage verpasst wurden
- 50 % dann, wenn ein Stichtag verpasst wurde
- 100 % dann, wenn kein Stichtag verpasst wurde

Der Sachkommission erscheint es sinnvoller, hier die Einheit „verpasste Stichtage“, analog zum Indikator L 5.1 der Produktgruppe Soziales, zu wählen. Zudem begrüssen wir, dass sich der Stadtrat bereit erklärt, im Leistungsumfang der Produktgruppe Behörden, Kultur über die einzelnen Integrationsvorhaben zu berichten. Eine mögliche Auflistung dieser Integrationsvorhaben können Sie unserem Antrag entnehmen. Bei unserem einstimmig gefällten Entscheid hoffen wir auf die Unterstützung aller Fraktionen.

Am Anfang einer neuen Legislatur ist es auch für die Kommissionen des Grossen Gemeinderates immer mal wieder ratsam, wenn man einen kleinen Ausblick auf die kommenden vier Jahre wagt. Das möchte ich an dieser Stelle machen. Das Gesamtpaket der „Leistungsziele und Indikatoren 2015“ ist für die Sachkommission grundsätzlich zufriedenstellend. Es gibt aber noch einige Punkte, welche in den kommenden Monaten und Jahren angegangen werden müssen. Ich erlaube mir hier, aus der Handreichung „Wirkungsorientierte Gemeindeverwaltung - Grundlagen“ des Kantons Zürichs zwei kurze Punkte zu zitieren:

1. Der erste Schritt der outputorientierten Steuerung ist die Definition von Produkten. Dabei wird von Dienstleistungen ausgegangen, welche die Gemeindeverwaltung gegenüber Dritten erbringt.
2. Mehrere verwandte Produkte werden zu Produktgruppen zusammengefasst. Der Punkt 1 ist für die Sachkommission bereits gut erfüllt. Dabei ist auch uns klar, dass der Produktkatalog kein starres Konstrukt ist und von Zeit zu Zeit angepasst oder ausgebaut werden muss. Heute ist dies beispielsweise beim neuen Ziel B 8 „Integration“ der Fall. Da der Produktkatalog eben kein starres Konstrukt ist, werden wir die Änderungsvorschläge, welche Ihnen anlässlich der Berichterstattung des Jahresberichts 2013 vorgestellt wurden, eingehend prüfen und mit den zuständigen Organen das Gespräch suchen.

Bei Punkt 2, der Zusammenlegung von Produkten in Produktgruppen, gibt es aber doch noch einige Dinge, welche die Sachkommission irritieren. So steht die Produktgruppe B unter dem Titel „Behörden, Kultur“. Darin aufgeführt ist aber nur gerade eine einzige Behörde, nämlich der Stadtrat. Dies ist für die Sachkommission überhaupt keine befriedigende Lösung. Wenn man für diese Produktgruppe schon den Titel Behörde wählt, sollten darin auch möglichst alle Kommissionen mit Exekutivbefugnis wie Sozialkommission, Schulpflege und Baukommission aufgeführt werden. Nur so ist gewährleistet, dass die Sachkommission ihren Auftrag richtig wahrnehmen kann. Auch diesbezüglich werden wir mit den entsprechenden Organen das Gespräch suchen.

Zum Abschluss möchte ich mich im Namen der Sachkommission recht herzlich beim Stadtrat, den entsprechenden Ressortleitenden, der Schulpräsidentin und dem Schulsekretär für die angenehme Zusammenarbeit bedanken. Gerne bedanke ich mich auch bei allen Sachkommissionsmitgliedern für ihre geleistete Arbeit.

#### **Fredi Morf, Referent der RGPK:**

Wir haben unseren Teil in der RGPK besprochen und haben keine Änderungsanträge. Deshalb empfiehlt die RGPK den Antrag des Stadtrates zur Annahme.

#### **Ratspräsidentin Daniela Morf:**

Eintreten ist beschlossen, nachdem kein anderer Antrag gestellt wurde. Somit kommen wir zur

#### **Detailberatung.**

Zur Information:

Wie letztes Mal mitgeteilt, sind mit der neuen Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates die Anträge des vorberatenden Organs Gegenstand der Beratung. Da wir hier zwei Organe mit der Vorberatung beauftragt haben, müssen wir festlegen, wie wir vorgehen wollen. Ich stelle fest: Die RGPK hatte nur die Produktgruppen Finanzen und Steuern zu prüfen, und sie stellt zu diesen den gleichen Antrag wie der Stadtrat. Derjenige der SAKO weicht gegenüber dem Stadtrats-Antrag in zwei Punkten ab, entspricht sonst aber dem Antrag des Stadtrates und damit auch dem der RGPK. Da der Antrag der SAKO dem RGPK-Antrag nicht widerspricht, schlage ich Ihnen aus Effizienzgründen vor, gemäss dem SAKO-Antrag vorzugehen.

Der Rat ist damit einverstanden.

Wir kommen zuerst zu Ziffer 1, d. h. zu den Listen der Produkte. Bei der Produktgruppe B - Behörden, Kultur - lautet die Liste der Produkte: B1 Stadtrat, B2 Stadtammann- und

Betreibungsamt, B3 Friedensrichteramt, B4 Abstimmungen und Wahlen, B5 Verwaltungsleitung / Standortförderung, B6 Kultur, B7 Bibliothek, B8 Integration. So hat jede Produktegruppe ihre Liste der Produkte.

**Ziffer I: Die Listen der Produkte werden gemäss dem Antrag des Stadtrates vom 15. April 2014 genehmigt.**

Keine Bemerkungen, somit wie vorliegend genehmigt.

**Ziffer II: Die Ziele und Indikatoren der Produktegruppen werden gemäss dem Antrag des Stadtrates vom 15. April 2014 genehmigt mit Ausnahme der Indikatoren B8.2 und B8.3 (Ziel „Integration“).**

**Ratspräsidentin Daniela Morf:**

Wenn der Stadtrat an seinem Antrag festhalten möchte, muss er ihn hier nochmals stellen.

(keine Wortmeldung des Stadtrates)

Jetzt gehen wir alle Produktegruppen durch. Fragen, Anträge und Bemerkungen werden jeweils sofort an entsprechender Stelle abgehandelt.

**Thomas Fässler, zur Produktegruppe Finanzen:**

Ich stelle im Namen der CVP-Fraktion folgenden **Antrag** zu Seite 15:

**Ziel D2, Indikator 2.3: Langfristig ausgerichtete Werterhaltung soll auf 0,7% geändert werden.**

Begründung: Die langfristig ausgerichtete Werterhaltung ist, wie es der Name sagt, sehr wichtig. Instandhaltungsmassnahmen und die damit eingesetzten Mittel verhindern kostspielige Reparaturen und frühzeitig nötige Gesamtanierungen oder Neubauten. Wird zum Beispiel aus Budgetgründen auf die Spülung von Abwasserkanälen verzichtet, kann das zu Verstopfungen und damit zu Wasserschäden führen. Ein weiterer Aspekt ist, dass schlechte Instandhaltung von Haustechnik zu höherem Energieverbrauch führt, da kann mir Ueli Gräflein sicher beipflichten. Wir sind der Meinung, dass die Stadt Adliswil in diesem Bereich durchaus mehr tun sollte. Daher verstehen wir zwar die Begründung, dass durch die Entflechtung der SABA neuere Objekte mit geringerem Unterhaltsbedarf wegfallen, dafür aber die Schulliegenschaften dazukommen. Dies erhöht das Budget im Ressort Finanzen, aber im Bereich der Schule sollte es sinken. Daher ist eine Senkung nicht angesagt, bitte folgt dem Antrag und ändert den Indikator wieder auf den diesjährigen Wert von 0,7%.

**Mario Senn:**

Ich erlaube mir als langjähriges Mitglied der SAKO zu sagen, dass ich den Antrag von Thomas Fässler völlig verstehe. Ich glaube aber, er ist so nicht möglich, weil wir heute nur die Liste der Produkte und die Liste der Indikatoren festlegen, nicht aber die eigentlichen Werte. In der Lesung, die die SAKO im Mai/Juni hat, reden wir nie über die einzelnen Beträge oder Werte der Indikatoren, sondern immer nur über den Rahmen. Aus Sicht des Stadtrates war es immer klar, dass die aufgeführten Werte dem jetzigen Planungsstand entsprechen, definitiv erscheinen sie dann im Budget. Meines Erachtens wäre es richtig, dass man zu solchen Fragen ein Globalbudget-Postulat oder eine Glo-

balbudget-Motion einreicht, auch mit dem entsprechenden Vorlauf. Deshalb haben wir das Budgetverfahren so festgelegt, dass man mit solchen Anträgen, die allenfalls auch grosse finanzielle Auswirkungen haben, sehr viel früher kommen muss.

**Ratspräsidentin Daniela Morf:**

Thomas, möchtest du unter diesen Voraussetzungen den Antrag zurückziehen?

**Thomas Fässler:**

Das ist eine schwierige Frage, denn ich müsste wissen, ob das stimmt, was Mario sagt. Er hat Recht, dass ich ein Globalbudget-Postulat einreichen könnte. Mario, weisst du, bis wann ich ein solches einreichen müsste? Das hat ja eine Eingabefrist, denn es muss ja noch fürs nächste Budget reichen, und ich habe das Gefühl, dass diese Frist schon abgelaufen ist.

**Mario Senn:**

Das hätte meines Erachtens früher erfolgen sollen.

**Thomas Fässler:**

Ich erinnere mich, dass wir auch schon über solche Indikatoren abgestimmt haben, auch wenn mein Antrag wirklich nicht richtig ist - ich weiss es im Moment nicht. Wenn das Ratspräsidium meint, dass wir darüber abstimmen können, dann würde ich das gerne tun, sonst werde ich das in ein Postulat ändern.

**Ratspräsidentin Daniela Morf:**

Ich möchte mich kurz beraten lassen und bitte um einen Sitzungsunterbruch von fünf Minuten.

**Fortsetzung der Detailberatung.**

**Ratspräsidentin Daniela Morf:**

Aufgrund der Informationen, die ich erhalten habe, ist der Antrag von Thomas Fässler unzulässig. Der Stadtrat muss aufzeigen können, welche Folgen eine Änderung von Indikatorwerten hat. Thomas hätte eine Globalbudget-Motion oder ein Globalbudget-Postulat einreichen sollen. Die Fristen hierfür sind gemäss Art. 79 bzw. 85 abgelaufen. Deshalb bitte ich dich, Thomas, den Antrag zurückzuziehen.

**Thomas Fässler:**

In diesem Fall ziehe ich den Antrag der CVP-Fraktion zurück.

**Ratspräsidentin Daniela Morf:**

Da zu Ziffer II keine Änderungen beschlossen wurden, ist das so genehmigt.

**Ziffer III: In Abweichung zum Antrag des Stadtrates vom 15. April 2014 wird der Indikator B8.2 wie folgt festgesetzt:**

	B8	Integration Indikatoren	Gegenstand	Einheit	Rg 2013	VA 2014	VA 2015	Bemerkungen
Antrag der Sachkommission vom 16. Juni 2014	B8.2	Vereinbarung Kanton	Fristgerechte Einholung der Kantons-/ Bundesgelder	Verpass- te Stich- tage			0	neuer Indikator
Antrag des Stadtrates vom 15. April 2014	B8.2	Vereinbarung Kanton	Fristgerechte Berichterstat- tung	%			100	neuer Indika- tor

**Ratspräsidentin Daniela Morf:**

Da zu Ziffer III keine Änderungen beschlossen wurden, ist das so genehmigt.

**Ziffer IV. In Abweichung zum Antrag des Stadtrates vom 15. April 2014 wird der Indikator B8.3 aus dem Globalbudget entfernt.**

Da zu Ziffer IV keine Änderungen beschlossen wurden, ist das so genehmigt.

**Ziffer V. Mitteilung an den Stadtrat.**

Da zu Ziffer V keine Änderungen beschlossen wurden, ist das so genehmigt.

Somit ist die Vorlage materiell durchberaten.

**Schlussabstimmung**

Der Grosse Gemeinderat stimmt der Vorlage einstimmig zu.

## 5. Teilrevision der Gemeindeordnung, Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Einsetzung einer PUK

Antrag des Stadtrates und gleichlautender Antrag der RGPK

### Fredi Morf, Referent der RGPK:

An der Gemeinderatssitzung vom 4. September 2013 hat der Rat die „Motion betreffend Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission“ (PUK) behandelt und den Stadtrat beauftragt, die Motion innert Jahresfrist der Gemeinde zur Abstimmung zu unterbreiten. Die Motionäre wollen eine Rechtsgrundlage für eine PUK schaffen, da der Bezirksrat mit Beschluss vom 16. November 2012 festgehalten hatte, dass eine Untersuchung in der Stadt durch die Rechnungsprüfungskommission (RGPK) des Gemeinderates rechtlich nicht zulässig ist. Der Stadtrat hat an seiner Sitzung vom 7. Mai 2013 das Anliegen der Motion unterstützt und am 18. Januar 2014 dem Gemeinderat beantragt, der Vorlage zuzustimmen. Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 5. März 2014 zu Händen der Urnenabstimmung die Abstimmungserläuterungen mit einer Anpassung genehmigt. Am 11. März 2014 haben zwei Rekurrierende gegen die Weisung zur Urnenabstimmung Stimmrechtsrekurs erhoben. Aufgrund der im Grossen Gemeinderat vom 5. März 2014 beschlossenen Änderung wurde eine Anpassung der Abstimmungserläuterungen notwendig. In diesem Zug wurden auch die im Stimmrechtsrekurs vom 8. März 2014 vorgebrachten Einwendungen geprüft und in der neu zu fassenden Weisung berücksichtigt. Die Abstimmungserläuterungen wurden komplett überarbeitet, weshalb der Stadtrat auf einen Änderungsnachweis verzichtete. Zusammengefasst können die folgenden Änderungen erwähnt werden:

- Beschluss des Grossen Gemeinderates: Ausübung der Oberaufsicht.
- Aufgrund des Stimmrechtsrekurses wurden folgend Anpassungen vorgenommen:
  - Ausführliche Erklärung, was eine PUK auf Gemeindeebene darstellt und welche Handlungsmöglichkeiten eine PUK hat
  - der Hinweis auf das künftige Gemeindegesetz wurde weggelassen
- Ebenfalls neu wurde mit dem Kapitel 5 die „Meinung der Minderheit des Grossen Gemeinderates“ in die Abstimmungserläuterungen aufgenommen.

Die RGPK stimmt dem Geschäft mit 8 : 1 Stimmen zu. Der Stadtrat empfiehlt dem Geschäft zuzustimmen.

### Davide Loss:

Die SP-Fraktion wird diesem Antrag ebenfalls zustimmen. Die neue Weisung war nach dem Eingang des Stimmrechtsrekurses ein pragmatisches Vorgehen und der Stadtrat hat es geschafft, in einer beispiellosen Art und Weise eine ausgewogene Weisung zu präsentieren. Die SP-Fraktion würde sich wünschen, dass sie etwas übersichtlicher gestaltet und einem grundsätzlichen Facelifting unterzogen werden könnte. Ebenfalls befürworten wir, dass der Minderheitenstandpunkt aufgenommen wurde. Das ist ein zentrales Instrument, um den Meinungs- und Willensbildungsprozess der Stimmberechtigten zu fördern. Wir wünschen uns, dass die Meinung der Ratsminderheit jeweils vom Büro verfasst wird. Das soll aber nicht heissen, dass der Minderheitenstandpunkt hier nicht ausgewogen dargelegt worden wäre. Ich glaube, er entspricht genau dem, was die Minderheit zur Vorlage gesagt hat. Zusammengefasst haben wir eine ausgewogene, und diesmal ganz bestimmte eine gesetzeskonforme Weisung vor uns. Die SP-Fraktion wird der Weisung zustimmen.

**Ratspräsidentin Daniela Morf:**

Eintreten ist beschlossen, nachdem kein anderer Antrag gestellt worden ist.

**Detailberatung**

**Die Weisung zur Urnenabstimmung vom 28. September 2014 „Teilrevision der Gemeindeordnung vom 2. März 1997, Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK)“ wird zuhanden der Urnenabstimmung verabschiedet.**

Keine Bemerkungen, somit wie vorliegend genehmigt.

Somit ist die Vorlage materiell durchberaten.

**Schlussabstimmung**

Der Grosse Gemeinderat stimmt der Vorlage mit 28 : 4 Stimmen zu.

**Stadtpräsident Harald Huber:**

Ich bin mit dem neuen Ablauf noch nicht vertraut. Bisher war es so, dass der Stadtrat gefragt wurde, ob er das Wort noch wünsche. Ich habe jetzt gelernt, dass dies nicht mehr der Fall ist. Also muss ich mich auch melden, wenn ich noch etwas sagen möchte.

Ich bedanke mich lediglich fürs Verständnis, das Sie für die Komplettüberarbeitung gezeigt haben und gebe der Hoffnung Ausdruck, dass das Thema vors Volk kommen und in nächster Zeit definitiv erledigt werden kann.

## **6. Festsetzung der Anzahl der Wahlbüromitglieder**

Antrag des Stadtrates und gleichlautender Antrag des Büros

### **Davide Loss, Referent des Büros:**

Der Stadtrat hat mit Beschluss vom 3. Juni 2014 dem Grossen Gemeinderat (GGR) den Antrag gestellt, die Anzahl der Wahlbüromitglieder zwischen 75 und 90 Personen festzusetzen. Er hat darum gebeten, dieses Geschäft noch vor der Sommerpause an der Sitzung vom 2. Juli 2014 zu behandeln. Dieser Bitte konnte der GGR nachkommen, allerdings hat der Stadtrat wohl vergessen, dass gemäss Art. 43 Abs. 1 der neuen GeschO GGR alle Geschäfte vorberaten werden müssen. Dies hat das Büro zeitlich vor eine sehr knappe Situation gestellt, dennoch konnte es die Vorlage seriös vorberaten. Diese Beratung wurde im Zirkularverfahren durchgeführt. Das Büro hat dabei festgestellt, dass gemäss § 108 Ziff. 5 Gemeindegesetz, § 14 Abs. 2 des Gesetzes über die politischen Rechte und Art. 33 Ziff. 4 der Gemeindeordnung der GGR die Anzahl der Mitglieder des Wahlbüros festsetzt. Die Anzahl wurde gegenüber dem Antrag vor vier Jahren unverändert belassen, und man hat festgestellt, dass sich die Bandbreite bewährt hat. Aus diesen Gründen beantragt Ihnen das Büro einstimmig, die Anzahl der Wahlbüromitglieder zwischen 75 und 90 Personen festzusetzen und den Stadtrat zu beauftragen, die nötige Anzahl Personen innerhalb der Bandbreite für das Wahlbüro zu bestimmen und zu wählen.

### **Ratspräsidentin Daniela Morf:**

Eintreten ist beschlossen, nachdem kein anderer Antrag gestellt worden ist.

### **Detailberatung**

#### **Ziffer 1: Die Anzahl der Wahlbüromitglieder wird auf 75 – 90 Personen festgelegt.**

Keine Bemerkungen, somit wie vorliegend beschlossen.

#### **Ziffer 2: Der Stadtrat wird beauftragt, die nötige Anzahl Personen innerhalb der in Ziffer 1 genannten Bandbreite für das Wahlbüro zu bestimmen und zu wählen.**

Keine Bemerkungen, somit wie vorliegend beschlossen.

Somit ist die Vorlage materiell durchberaten.

### **Schlussabstimmung**

Der Grosse Gemeinderat stimmt der Vorlage einstimmig zu.

Schluss der Sitzung: 21.20 Uhr

Die Protokollführerin

Ida Hofstetter, Ratsschreiberin